

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

27.4.1921 (No. 97)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Straße Nr. 14, Karlsruhe, Nr. 953 und 954, Postfachkonto Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptgeschäftsführer C. A. M. e. n. b. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18.40 M.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 7mal gewaschene Zeile oder deren Raum 90 P. Die Zeitungen werden bei Nichterreichung der Redaktion nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klageerhebung, mangelsweiser Bezahlung und Kontokorrentverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von Übersetzungs-, Streik-, Sperr-, Auslieferung-, Maschinenbruch-, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Neuregelung der staatlichen Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge.

Nach den vom Reich erlassenen und auch für die Länder maßgebenden vorläufigen Ausführungsbestimmungen zum Pensionsergänzungsgegesetz muß vorerst davon abgesehen werden, die vor dem 1. April 1920 zurückgesetzten oder im Dienst verstorbenen Beamten ohne weiteres in die nach der neuen Versorgungsordnung sich ergebenden Aufzuchtungsstellen einzureihen. Wo daher in der Versorgungsordnung Stellen der gleichen Gattung unter verschiedenen Versorgungsgruppen vorgehoben sind, können jene Beamten zunächst nur in die untere Gruppe — Eingangsgruppe — eingestuft werden. Mit Rücksicht auf das vom Reich erlassene Sperrgesetz kann auch in Baden nicht anders verfahren werden. Regierung und Landtag sind aber einmütig der Auffassung, daß es ermöglicht werden sollte, diese Beamten unter noch näher zu bestimmenden Voraussetzungen auch an den Aufzuchtungsstellen teilnehmen zu lassen. In diesem Sinne ist die badische Regierung beim Reichsminister der Finanzen vorstellig geworden. Wird dieser Anregung stattgegeben, so geschieht das Weitere von Amts wegen; Gesuche oder Anträge der beteiligten Beamten oder Hinterbliebenen sind nicht erforderlich.

Beamte, die erst nach dem 1. April 1920 in Ruhestand getreten oder im Dienst verstorben sind, verbleiben selbstverständlich in der Versorgungsgruppe, in die sie beim Vollzug des Versorgungsgesetzes als aktive Beamte eingereiht worden sind oder (soweit dieser Vollzug noch nicht durchgeführt ist) demnächst eingereiht werden.

Der im Ruhegehaltfähigen Dienstverdienst enthaltene Ortszuschlag ist bekanntlich nach dem Durchschnitt sämtlicher Ortsklassen bemessen, so daß die Ortsklasse des tatsächlichen Wohnorts auf die Höhe des Ruhegehalts und des Witwen- und Waisengelds ohne Einfluß ist. Anders dagegen beim Feuerungszuschlag. Dieser richtet sich für Ruhestandsbeamte und Hinterbliebene nach ihrem tatsächlichen ständigen Wohnort, also auch dann, wenn dieser Wohnort und der letzte dienstliche Wohnort des Beamten nicht der gleichen Ortsklasse angehören. Treibt ein Beamter im Wohnort ein, so hat dies hinsichtlich der Feuerungszulage also unter Umständen eine Änderung des Betrages dieser Zulage entsprechend der Ortsklasse, in die der neue Wohnort gehört, zur Folge.

Erzeugerpreis für Kartoffeln.

Nachdem die Landwirte nunmehr die als Saatgut erforderlichen Kartoffeln ausgefordert haben dürften und einen Überblick über diejenigen Mengen besitzen, die sie noch zum Verkauf bringen können, besteht keine Veranlassung mehr, an dem Erzeugerpreis von 30 M. für den Zentner Kartoffeln festzuhalten. Das Ministerium des Innern hat daher die Erklärung dieses Preises als angemessen zurückgenommen.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

Es ist wiederholt die Mahnrufung gemacht worden, daß beim Versand von Schlachtvieh aus Beobachtungsgebieten nach Schlachtviehhöfen die Vorschriften in § 49 der Verordnung über den Vollzug des Viehseuchengesetzes insofern nicht eingehalten worden ist, als der Versender es unterlassen hat, die Versandanmeldung mündlich oder durch den Vermerk „Beobachtungsvieh“ im Frachtbrief auf die Notwendigkeit der Kennzeichnung der zur Versendung der Tiere benötigten Frachtbriefe und Eisenbahnwagen aufmerksam zu machen. Die vorgeschriebene ortspolizeiliche Genehmigung zur Ausfuhr des Schlachtviehs ist ebenfalls nicht eingeholt worden. Die Benachrichtigung der Polizeibehörde des Bestimmungsortes von dem bevorstehenden Eintreffen der Tiere hat daher nicht erfolgen können. Hierdurch war es möglich, daß Beobachtungsvieh in den Schlachtviehhöfen in den freien Verkehr gelangt ist.

Zur Vermeidung derartiger Vorkommnisse ist angeordnet worden: Die Bezirksveterinäre und Tierärzte haben auf den Beschleunigungen über die vorgenommene Untersuchung des Viehbestandes, aus dem die Tiere ausgeführt werden sollen, ausdrücklich zu vermerken, daß es sich um Beobachtungsvieh handelt. In gleicher Weise ist von den Bezirksveterinären im Falle des § 163 der erwähnten Verordnung durch die Befugnis des Vermerks „Sperrvieh“ zu verfahren.

Wenn Zuwiderhandlungen der Versender von Beobachtungsvieh oder Sperrvieh gegen die bestehenden seuchenpolizeilichen Vorschriften zur Kenntnis gelangen, wird dem Bezirksamt Anzeige erstattet. Dieses wird unverzüglich strafendes Einschreiten veranlassen.

Die staatlichen Kraftwagenlinien.

Der Betrieb der badischen staatlichen Kraftwagenlinien wird mit Wirkung vom 1. Mai 1921 von der Reichspostverwaltung übernommen. Infolge des in der 60. öffentlichen Sitzung vom 22. Juli 1920 gefaßten Beschlusses des Landtags über den Übergang der staatlichen Kraftwagenlinien auf das Reich gilt künftig die Oberpostdirektion Karlsruhe als „geschäftsführende Verwaltung“ in Angelegenheiten der Kraftwagenlinien der Reichspostverwaltung in Baden.

Die Landesinteressen werden auch künftig vom badischen Finanzministerium gewahrt. Entsprechend dem Vorbehalt des Landtags werden überdies die Kraftwagenlinien bei der Eisenbahn-Generaldirektion leitenden badischen Beamten von der Oberpostdirektion Karlsruhe übernommen.

Abhaltung eines Turn-, Spiel- und Sportfestes.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat die Leiter sämtlicher höheren Lehranstalten ersucht, die Abhaltung eines Turn- und Spielfestes, verbunden mit sportlichen Wettkämpfen, vor Beginn der Sommerferien ins Auge zu fassen. Gegebenenfalls soll dieses Fest wenn irgendwie möglich, gemeinsam mit den übrigen höheren Lehranstalten und der Volksschule in die Wege geleitet werden.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Der Arbeitsmarkt hat sich in der Berichtswoche im ganzen genommen nicht gebessert. Die Erwerbslosenziffer weist keine erhebliche Veränderung gegenüber der Vorwoche auf, sie beläuft sich nunmehr auf 4327. An Erwerbslosenunterstützung gelangten 321 700,70 M. zur Auszahlung. Hinzu kamen noch 37 862,44 M. als Kurzarbeiterzulagen für 678 Männer und 238 Frauen. Mit Notstandsarbeiten waren 3333 Arbeiter beschäftigt. Eine Besserung der Gesamtlage ist vorläufig nicht abzusehen, vielmehr sind erhebliche weitere Betriebsbeschränkungen infolge Ausbleibens von Aufträgen zu erwarten.

In den einzelnen Berufen hat sich die Lage folgendermaßen gestaltet: In der Landwirtschaft war männliches und weibliches Dienstpersonal im gleichen Maße wie in der Vorwoche gesucht; eine verhärtete Nachfrage ist für die nächsten Wochen zu erwarten.

Sehr erheblich ist die Nachfrage nach Ofenarbeitern für Ziegeleien.

Gingegen ist der Geschäftsgang in der Metall- und Maschinenindustrie flau. Die Arbeitszeitverkürzungen in der Porzellan- und Schmuckwarenindustrie haben der seitigeren Entwicklung entsprechend zugenommen. In der Maschinenindustrie wird über Auftragsmangel geklagt, während aus der chemischen Industrie Abschließungen gemeldet werden.

In der Holzindustrie bestand einiger Bedarf an Drechsler- und Käufern. Der Geschäftsgang in den Holzverarbeitungsgewerben läßt aber im allgemeinen zu wünschen übrig. Bietet die Lage im Bäder- und Metzgergewerbe das gewohnte trübe Bild, so besteht in der Genussmittelindustrie hier und dort immer noch Nachfrage nach Zigarrenfabrikanten und Sortierern.

Im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe ist das Verhältnis von Arbeitsangebot und Nachfrage gleich geblieben.

Die gemeldete, mit der Jahreszeit gegebene Belegung des Baugewerbes hat angehalten. Maurer, insbesondere Bruchsteinmurer, Gipser und Zimmerleute wurden von verschiedenen Plätzen angefordert.

Der geringe Beschäftigungsgrad im Viehhaltungsgewerbe hat sich nicht geändert.

Auch im Handel und in den technischen Berufen ist das Stellenangebot sehr gering.

Im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe besteht wenig Nachfrage nach Kellnern, dagegen beträchtlicher Bedarf an Köchinnen. Das Angebot an Saisonstellen in den Kurorten ist ganz erheblich zurückgegangen, so daß von einer nennenswerten Nachfrage keine Rede mehr sein kann. An häuslichem weiblichem Dienstpersonal besteht weiterhin unverändert Mangel.

Betriebs-Einschränkungen
wurden bei 4 Betrieben vorgenommen, wovon rund 120 Arbeiter betroffen sind, ferner bei weiteren 20 Porzellan- und Schmuckwarenfabriken, so daß nunmehr in 204 Betrieben rund 3400 Männer und 3700 Frauen nur als Kurzarbeiter beschäftigt werden können. Dagegen erfolgte

Wiedereröffnung des Betriebes
bei 2 Firmen, wodurch 45 Männer und 16 Frauen Beschäftigung erhielten.

* Die deutschen Vorschläge. Unnötige Erschwerungen.

Die Veröffentlichung der neuen deutschen Vorschläge ist nunmehr erfolgt. Wir dürfen feststellen, daß sie von unserem Standpunkt aus ein Entgegenkommen bedeuten, das vielleicht nicht einmal von allen Staatsmännern der Entente erwartet worden ist. Wir sind mit diesen Vorschlägen bis an die Grenze dessen gegangen, was nach menschlichem Ermessen, unter Zugrundelegung optimistischer Berechnungen, Deutschland in den nächsten Jahrzehnten überhaupt zu leisten imstande sein wird.

Da die Verständigung mit der Entente für uns die wichtigste Lebensfrage ist, haben wir ihr alle anderen Rücksichten, so auch die auf unsere eigene Zufriedenheit und Behaglichkeit opfern müssen. Das deutsche Volk wird auf Jahrzehnte hinaus zu einer harten Arbeit verurteilt sein, wenn es seinen Verpflichtungen, wie sie sich aus jenen neuen deutschen Vorschlägen ergeben könnten, nachkommen will.

Unsere Vorschläge sind jedoch — was nicht übersehen werden darf — an ganz bestimmte Voraussetzungen geknüpft. Das System der „Sanktionen“ muß alsbald aufhören, die gegenwärtige Basis der deutschen Produktionsfähigkeit darf nicht noch weiter verringert werden, und die deutsche Wirtschaft muß zum freien Weltverkehr zugelassen und von unproduktiven Ausgaben (übertriebene Kosten der Besatzungstruppen) entlastet werden.

Die Frage, ob die Entente die neuen deutschen Vorschläge als Grundlage für neue Unterhandlungen akzeptieren wird, ist natürlich auch heute noch kaum zu beantworten. Es scheint aber so, als ob die Vorschläge in Washington nicht ungünstig aufgenommen worden sind. Und soweit die Meinung unseres eigenen Volkes bei der ganzen Angelegenheit in Betracht kommen kann, dürfen wir uns wohl der Hoffnung hingeben, daß diese Vorschläge allerdings unseren guten Willen auch dem hartnäckigsten Gegner beweisen werden.

Bezeichnenderweise hat Briand, obwohl er durch die Presse von dem Inhalt der Vorschläge Kenntnis erhalten haben mußte, in der französischen Kammer gestern so gesprochen, als ob keine deutschen Vorschläge existierten. Dafür hat er einige andere Mitteilungen gemacht, die für uns von Interesse sind. Vor allem hat er nochmals erklärt, daß das Ruhrgebiet besetzt werden wird, wenn „Deutschland am 1. Mai seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen sein wird“, und daß England gewillt sei, Frankreich bei der Durchführung dieser Maßnahme seine Mitwirkung zu gewähren. Das Briand unter der „Erfüllung unserer Verpflichtungen“ versteht, hat er allerdings nicht gesagt. Offenbar aber ist seine Äußerung so zu verstehen, daß das Ruhrgebiet besetzt werden soll, wenn der Oberste Rat, der am Samstag, den 30. April, zusammentritt, die neuen deutschen Vorschläge als undiskutabel ablehnt. Briand hat sich anscheinend absichtlich etwas zweideutig ausgedrückt.

Von Bedeutung ist ferner der Satz aus seiner Rede, daß die Alliierten Deutschland nicht zu Unmöglichem zwingen wollen, sondern nur dazu, daß es seine Schuld anerkennt. Halten wir diese Äußerung zusammen mit jenen Rückschlüssen aus England, über die wir gestern an dieser Stelle gesprochen haben, so könnte allerdings damit die Auffassung gestützt werden, daß die Entente vor allem ein festes Abkommen wünscht, darüber hinaus aber zu einem gewissen Entgegenkommen bei der Durchführung im Einzelnen bereit ist. In praktischer Konsequenz dieser Auffassung müßte dann allerdings die Politik der Drohungen aufhören, und es müßte an ihre Stelle eine Beurteilung Deutschlands treten, die sich etwas mehr von den Grundätzen der Gerechtigkeit und Billigkeit leiten läßt.

Im Reichstag hat der Reichsaußenminister Dr. Simons in längerer Rede seine Politik begründet. Und wenn man auch über Einzelheiten dieser Politik verschiedener Meinung sein kann, so wird man nach der Lektüre dieser Rede doch wieder von neuem zugeben müssen, daß Dr. Simons ein festes politisches Ziel im Auge hat und dieses Ziel mit grundsätzlicher Beharrlichkeit verfolgt. Daß er den Ernst der Stunde erkannt hat, beweist der Inhalt der neuen deutschen Vorschläge. Ein Staatsmann, der sich zu solchen Vorschlägen

entschieden konnte, besitzt offenbar nicht nur ein im-
merwährendes Selbstvertrauen, sondern verfügt gleichzeitig
auch über den richtigen Blick für die Einschätzung
jener Notwendigkeiten, die uns allein im Augenblick retten können. Und er
wird Recht behalten, wenn er erklärt, daß einst die
Geschichte die Zweckmäßigkeit und Rich-
tigkeit seines Standpunktes anerkennen wird.

Es handelt sich im Augenblick um die Frage, ob Deutsch-
land als selbständiger Staat noch weiter existieren soll oder
nicht, ob wir ein eigenes deutsches Wirtschaftsleben haben
sollen oder nicht. Die Politik des Reichsaussenministers,
der sich das gesamte Kabinett angeschlossen hat,
eröffnet mit den neuen deutschen Vorschlägen die Hoff-
nung darauf, daß wir als Reich und als
Volk bestehen bleiben werden, und ferner die
andere Hoffnung, daß der französische Vernichtungspoli-
tik jetzt endlich einmal ein wirkungsvoller Dämpfer
aufgesetzt werden wird. Sollten sich diese Hoffnungen
erfüllen, so wird unser Volk alle Veranlassung haben,
dem Reichsaussenminister dankbar zu sein.

Daß die Presse der beiden Rechtsparteien die
Politik Dr. Simons' aufs heftigste kritisiert, ist nicht weiter
verwunderlich. Diese Parteien pflegen ihre Liebe
zum Vaterlande, die wir ihnen nicht absprechen dürfen,
vor allem durch ein gefühlseliges Kraftmeiertum zu
betätigen, durch eine Politik, die von Wahnvorstellungen
lebt und die Realitäten gefliessenlich über-
sieht.

Wenn es sich nicht um das Geschick des ganzen Vol-
kes handelte, könnte man beinahe versucht sein, diesen
Parteien die Verantwortung für die Regierung des Rei-
ches nach innen und nach außen zu überlassen. Die
Folge davon wäre die Zertrümmerung des Rei-
ches und die Herausforderung neuer ent-
setzlicher Nöte, unter denen die Massen des Volkes
naturgemäß am meisten zu leiden hätten. Da wir sol-
ches nicht wollen, müssen wir auf jenes, an sich so lehr-
reiche Experiment verzichten und weiterhin die Politik
durchführen, die uns endlich einmal eine dauerhafte
Verständigung mit der Entente garantiert, mögen
die Opfer, die wir dafür zu bringen haben, auch noch so
groß sein.

Wenn wir übrigens von den beiden Rechtsparteien
sprechen, so geschieht das deshalb, weil in der Tat das
Gros der deutschvolksparteilichen Presse sich genau so
wild-nationalistisch gebärdet, wie die Presse der Deutsch-
nationalen Volkspartei. Die Minister jedoch, die die
Deutsche Volkspartei ins Reichskabinett entsandt hat,
haben der Politik des Reichsaussenministers zu je-
dem Zeitpunkt. Ein Umstand, der ja, wenn es bei allen
Parteien Logik und Disziplin gäbe, die Presse der Deut-
schen Volkspartei eigentlich davon abhalten sollte, jeden
Tag mit dem Säbel zu rasseln und Brand neue Vor-
würfe für die gestrigen übermittelte Wortlaut der Note
weicht in drei wichtigen Punkten von dem
englischen Text der Note ab.

Vielleicht wäre die Politik des Reichsaussenministers
Amerika gegenüber, d. h. in diesem Falle die Note, die
das Ersuchen um ein Schiedsgericht enthält, von vorn-
herein anders und günstiger beurteilt worden, wenn die
amtlichen Stellen uns durch das Volksbüro die rich-
tige Übersetzung dieser Note dargeboten hät-
ten. Leider ist das nicht geschehen. Der vom Volks-
büro den Zeitungen übermittelte Wortlaut der Note
weicht in drei wichtigen Punkten von dem
englischen Text der Note ab.

Nach dem deutschen Text heißt es: „dabei erklären
sie Reichsregierung und deutsches Volk“ feierlichst, daß
die deutsche Regierung... bereit ist, jene Summe als
Reparation zu zahlen und usw.“ Nach dem engli-
schen Text lautet die Stelle so, daß erklärt wird, daß
„die deutsche Regierung und das deutsche Volk
bereit seien usw.“ Im deutschen Text wird dann
weiter lediglich von der Reparationssumme gesprochen,
die der Präsident der Vereinigten Staaten bestimmen
soll. Im englischen Text heißt es: „... den alliierten
Mächten als Reparation die schon angebotene
Summe zu bezahlen und in Ergänzung dazu
eine Summe, wie sie nach Prüfung durch den Präsi-
denten der Vereinigten Staaten als recht und billig be-
funden werden möge.“ Im deutschen Text heißt es:
„sie versprechen hiermit ausdrücklich, seinen Schieds-
spruch, wie er auch lauten möge, mit allen Einzel-
heiten, sowohl dem Buchstaben wie dem Geist nach zu er-
füllen.“ Im englischen Text lautet diese Stelle we-
sentlich schwächer und damit würdevoller; es heißt dort
nämlich: „sie setzen hierdurch ihr Schicksal und ihren Kre-
dit zum Pfand, dem Buchstaben und dem Geist nach alle
Vorschläge eines Schiedsgerichts, der von ihm ge-
fällt werden mag, zu erfüllen.“

Der Leser wird sofort erkennen, daß hier bedenkliche
Widersprüche vorhanden sind, und daß allerdings die
einen Texte an bedenklichen Stellen ganz verschieden
lauten. Welches war nun der richtige Text? Doch offen-
bar der englische! Wenn dem aber so ist, dann ist die
Politik der Reichsregierung durch die unrichtige
Wiedergabe im deutschen Text in höchst un-
sichtiger Weise erschwert worden.

Politische Neuigkeiten. Das deutsche Angebot.

Dem stellvertretenden amerikanischen Geschäftsträger in
Berlin wurde am 24. April folgende Note übergeben:

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat
durch ihr Memorandum vom 22. April in dankenswerter Weise
die Möglichkeit eröffnet, nochmals auf dem Wege von Verhand-
lungen das Reparationsproblem zu lösen, bevor es durch
Zwangsmassnahmen unlösbar geworden ist. Die deutsche Re-
gierung würdigt diesen Schritt der amerikanischen Regierung
nach seiner ganzen Bedeutung. Sie hat sich bemüht, in den
nachstehenden Vorschlägen das Äußerste anzubieten, was nach
ihrer Überzeugung die deutsche Wirtschaft, selbst bei günstiger
Entwicklung aufzubringen vermag. Sie lautet folgendermaßen:

I. Deutschland erklärt sich bereit, zum Zwecke der Repara-
tion eine Gesamtverpflichtung von 50 Milliarden Goldmark
Gegenwertwert anzuerkennen. Deutschland ist auch bereit,
den Wert dieser Summe in Annuitäten, die seiner Leistungs-
fähigkeit angepaßt sind, zum Gesamtbetrag von 200 Milliar-
den Goldmark zu zahlen. Deutschland will seine Zahlungs-
verpflichtungen in nachstehender Form mobilisieren:

II. Deutschland legt sofort eine internationale Anleihe auf,
deren Höhe, Zinsfuß und Amortisationsquote zu vereinbaren
wären. Es wird sich an dieser Anleihe beteiligen und weitge-
hende Vergünstigungen gewähren, sie auch mit solchen Unter-
lagen ausstatten, daß ein möglichst großes Aufkommen erwar-
tet werden kann. Der Ertrag der Anleihe wird den Alliierten
zur Verfügung gestellt.

III. Den Betrag der zu zahlenden Summe, der durch eine
internationale Anleihe nicht gedeckt ist, wird Deutschland nach
Möglichkeit seiner Leistungsfähigkeit verzinsen und amortisieren.
Deutschland hält hierfür zurzeit nur eine Verzinsung von 4
Prozent jährlich für möglich.

IV. Deutschland ist bereit, die beteiligten Mächte an einer
Verbesserung seiner Finanz- und Wirtschaftslage teilnehmen zu
lassen. Die Amortisation der Restsumme wäre zu diesem
Zwecke variabel zu gestalten. Im Falle einer Verbesserung, für
die ein Inderschema festzustellen wäre, würde, sie steigen, im
Falle einer Verschlechterung entsprechend sinken.

V. Um die Restsumme möglichst rasch abzutragen, will
Deutschland sich mit aller Kraft an dem Wiederaufbau der zer-
störten Gebiete beteiligen. Es hält den Wiederaufbau für die
dringendste Aufgabe der Reparation, weil dadurch am unmit-
telbarsten das Kriegselend und der Völkerverhaß gemildert wird.
Deutschland erzieht sich, den Wiederaufbau bestimmter Städte,
Dörfer und Flecken selbst zu übernehmen oder auf jede andere,
den Alliierten erwünschte Weise mit seiner Arbeit, seinen Ma-
terialien und seinen Hilfsmitteln am Wiederaufbau mitzu-
wirken. Die Kosten seiner Leistungen würde es selbst zu tra-
gen haben. Näheres hierüber ist in der deutschen Wiederauf-
baunote an die Reparationskommission gesagt.

VI. Zum gleichen Zwecke ist Deutschland bereit, über den
Wiederaufbau hinaus nach Möglichkeit rein kaufmännischen Ver-
fahren Sachleistungen für die geschädigten Staaten zu über-
nehmen.

VII. Um einen unverfälschten Beweis seines guten Willens
zu geben, ist Deutschland bereit, der Reparationskommission
alsbald den Betrag von einer Milliarde Goldmark in folgender
Form zur Verfügung zu stellen: a) 150 Millionen Goldmark in
Form von Gold, Silber und Devisen, b) 850 Millionen Gold-
mark in Reichsschatzwäscheln, die längstens innerhalb drei Mo-
naten in Devisen und ausländischen Wertpapieren eingelöst
werden.

VIII. Falls es dem Wunsche der Vereinigten Staaten von
Amerika und der Alliierten entsprechen sollte, würde Deutsch-
land willens sein, nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit die
Berpflchtung der Alliierten aus ihrem Schuldverhältnis zu den
Vereinigten Staaten auf sich zu nehmen.

IX. Deutschland schlägt vor, daß über die Art und Weise,
wie die deutsche Leistung, an zu Reparationszwecken auf die
deutsche Gesamtschuld anzurechnen sind, insbesondere über die
Festsetzung der Preise und Werte, unter Hinzuziehung von
Sachverständigen verhandelt wird.

X. Deutschland würde bereit sein, für alle Arten von Kredit
den Geldgeber in einer näher zu vereinbarenden Weise aus
öffentlichem Eigentum und öffentlichen Einkünften jede erfor-
derliche Garantie zu geben.

XI. Mit der Annahme dieser Vorschläge erlöschen sämtliche
anderen Verpflichtungen Deutschlands zu Reparationszwecken.
Auch wird dadurch das deutsche Privatvermögen im Auslande
frei.

XII. Deutschland hält seine Vorschläge nur für durchführ-
bar, wenn das System der Sanktionen alsbald aufhört, die ge-
gengewärtige Basis der deutschen Produktion nicht noch weiter
verringert, die deutsche Wirtschaft zum freien Weltverkehr zu-
gelassen und von unproduktiven Ausgaben entlastet wird.

Diese Vorschläge sollen den festen Willen Deutschlands be-
zeugen, die Kriegsschäden bis an die Grenze seiner Leistungs-
fähigkeit zu ersetzen. Sowohl die angebotenen Summen, wie
die Zahlungsmodalitäten richten sich nach dieser Leistungs-
fähigkeit. Soweit über deren Beurteilung Meinungsverschieden-
heiten bestehen sollten, empfiehlt die deutsche Regierung, sie
durch eine allen beteiligten Regierungen genehme Kommission
anerkannter Sachverständiger prüfen zu lassen. Sie erklärt im
Vorause, deren gutachtliche Entscheidung als bindend anzuneh-
men.

Sollte eine andere Form der Vorschläge nach Ansicht der Re-
gierung der Vereinigten Staaten die weitere Behandlung der
Angelegenheit erleichtern, so würde die deutsche Regierung bit-
ten, daß sie auf die Punkte aufmerksam gemacht wird, worin
etwa der amerikanischen Regierung eine Änderung als wün-
schenswert erscheint. Auch würde die deutsche Regierung an-
dere Vorschläge der amerikanischen Regierung bereitwilligst
entgegennehmen.

Die deutsche Regierung ist zu tief überzeugt, daß der Friede
und die Wohlfahrt der Welt von einer schnellen, gerech-
ten und billigen Lösung der Reparationsfrage abhängt, um nicht
alles zu tun, was in ihren Kräften liegt, damit die Vereinig-
ten Staaten in die Lage versetzt werden, die Aufmerksamkeit
der alliierten Regierungen auf die Angelegenheit zu lenken.

Die Regierungserklärung im Reichstag.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags gab Minister
Dr. Simons die niederstufte versöhnliche Regierungserklärung
über die politische Lage ab. Er verlas zunächst den Wortlaut
der Note an die amerikanische Regierung und ging sodann auf
die Entwicklung der Reparationsfrage ein. Die Luft, die in
London bestand, war, so führte er u. a. aus, zu groß, um noch
während der dortigen Konferenz überbrückt werden zu können.
Neue Verhandlungen wurden uns durch die Entente sehr er-
schwert. Aber es mußte ein Weg gefunden werden um zu
neuen Verhandlungen zu kommen. Unser erster Plan, auf dem
Weg der Appenhäuser den Wiederaufbau in Frankreich zu
betreiben, wobei nicht allzuviel deutsche Arbeiter nach Frank-
reich versetzt werden sollten, hat sich nicht als glatt durchführ-

bar erwiesen. Infolgedessen haben wir andere Vorschläge un-
terbreitet, die sich an die Erfahrungen lehnen, die wir bei dem
Wiederaufbau Ostpreußens gemacht haben. Frankreich möchte
das Hauptgewicht auf die Geldzahlungen legen, wodurch natür-
lich der Wiederaufbau sehr verteuert wird. Die Pläne der
freien Gewerkschaften, die die Regierung in ihren Vorschlägen
aufgenommen hat, können erst nach einer gewissen Verständi-
gung mit den freien Regierungen durchgeführt werden.

Der zweite große Gedanke, der uns leitete, war der Plan
einer im Reichsfinanzministerium ausgearbeiteten interna-
tionalen Anleihe, die auch zugleich unserem eigenen Geldbedürf-
nisse abdecken soll. Daß ich zu diesem Zwecke mit den Entente-
regierungen neue Verhandlungen einleiten mußte, leuchtet
ein. Eine Vermittlung neutraler Regierungen habe ich nicht
gesucht. Das nächste wäre es gewesen, mit Frankreich zu ver-
handeln. Aber was uns aus Frankreich entgegenstände, war
nicht ermutigend. Deshalb habe ich mich während meines
Schweizer Aufenthaltes auf das bekannte Interview eingela-
ssen, um den Eindruck in Frankreich zu zerstören, als seien
wir lediglich ein unwilliger Zuhörer. Neu in dem Interview
war nur der Satz über die Zugehörigkeit zum Kabinett; er be-
zog sich aber nicht auf das augenblickliche Kabinett, sondern auf
ein beliebiges Kabinett der Zukunft. Somit erschien der Weg
über Amerika der beste. Eine neutrale Macht hat sich uns an,
uns den Weg nach Amerika zu ebnen. Das habe ich ohne Ver-
denken angenommen. Was die Indiskretionen in der deut-
schen Presse anbelangt, die an Landesrättern grenzen, so habe
ich bisher von einer Verfolgung der Sache Abstand genommen,
um nicht etwa eine fremde Macht zu kompromittieren, werde
jetzt aber entsprechende Schritte einleiten. Der Schritt bei
Amerika war gewiß ungehörig; aber ein Staat, der sich
selbst auf den Boden des Schiedsgerichts stellt, eignet sich am
besten zum Schiedsrichter. Wir haben ja auch nicht Amerika
selbst angerufen, sondern die Instanzen der Gerechtigkeit. Ist
das nun eine Willkürmaßnahme? (Zuruf von rechts: Ja! Zurufe
vom Zentrum und von links: Nein, nein!) Die Geschichte
selbst wird die Berechtigung meines Standpunktes anerkennen.
Die Verantwortung war groß. Das Kabinett hat sie übernom-
men und ich muß sie tragen. Nachdem nun Präsident Harding
wohl das Schiedsgericht abgelehnt, aber sich zu einer Vermitt-
lung bereit erklärt hat, mußte auch der zweite Schritt getan
werden. Bisher sind allerdings noch keine Rückfragen von
amerikanischer Seite an uns gelangt, was bei der Kürze der
Zeit ja auch nicht wunder nehmen kann.

Kedner begründete sodann den Inhalt der Note im einzel-
nen und ging insbesondere auf die Annuitäten ein, für die
wir wegen der Schwankungen im Wirtschaftsleben eine feste
Summe bieten müssen, in die eventuell die Übernahme der
amerikanischen Schuld der Entente einbezogen werden könne.
Nur durch eine finanzielle Kraftleistung können wir aus der
traurigen Lage heraus, kommen, in der wir jetzt zu verkommen
drohen. Deshalb brauchen wir die internationale Anleihe, an
der sich Deutschland natürlich selbst beteiligen muß. Was nun
als Rest der Ententeorderungen bleibt, das ist mehr eine poli-
tische als eine technische Angelegenheit. Unser Nationalver-
mögen ist dahin geschwunden; wir konnten daher auch der
deutschen Produktion keine neuen Fesseln anlegen. Alle Be-
schränkungen der deutschen Wirtschaft müssen fallen. Sollten
wir uns überschätzt haben, so soll die Ziffer 4 der Note für
eine Verichtigungsmöglichkeit Vorzüge treffen.

Kedner ging dann ausführlich auf den Wiederaufbau Frank-
reichs ein. Unser Standpunkt, daß Deutschland alle seine Re-
parationsverpflichtungen bis zum 1. Mai 1921 in Höhe von
20 Milliarden Goldmark voll erfüllt habe, wird von der Entente
nicht geteilt. Schon bei den Schiffen rechnet die Entente
anders als wir. Wir bieten nun nochmals eine Milliarde
Goldmark auf diesen Posten. Aber gegen einen Eingriff in
unsere Reichsbank, der ein Eingriff in Privatvermögen wäre, müs-
sen wir Protest erheben. Was wir auf das Reparationskonto
geleistet haben, soll durch ein Schiedsgericht festgestellt werden.
Ebenso sollen in allen sonstigen Sachverhältnissen ihr
Urteil abgeben.

Der Minister warnte davor, übertriebene Hoffnungen auf
die Annahme Amerikas zu setzen. Es würden sich noch viele
Schwierigkeiten ergeben. Auf dem Boden der Pariser Forder-
ungen ist die Verbindung Europas nicht möglich. Deutschland
allein kann nicht die Kriegsschulden der ganzen Welt tragen.
Nur eine allgemeine internationale Wirtschaftskonferenz werde
die Schwierigkeiten aus der Welt schaffen können.
Zu der Schulfrage meint Kedner, daß es Aufgabe des Aus-
wärtigen Amtes sei, den Boden vorzubereiten für die geschick-
liche Fortführung. Im übrigen habe er sich an Lloyd Georges
Wort, daß man mehr oder weniger in den Krieg hineingelol-
pert sei. Das genüge ihm. Sollte die amerikanische Vermitt-
lung fehlschlagen, so sei er überzeugt, daß unser Volk auch
darüber hinweggehen und auch die Sanktionen ertragen werde.
Und werden wir 40 Jahre durch die Wüste gehen müssen: wir
werden schließlich doch in das Land der Freiheit gelangen!

Präsident Lübe teilte nach der Rede des Ministers mit, zwei
Fraktionen hätten den Wunsch geäußert, die Debatte zu ver-
zögern. In der Abstimmung wurde die Vertagung gegen die
äußerste Linke beschloffen. Nächste Sitzung heute mittag 1 Uhr.

Eine Rede Briands.

In der gestrigen Sitzung der französischen Kammer gab Mi-
nisterpräsident Briand eine Erklärung ab, in der er sagte: Ich
muß erklären, daß die Unterhandlungen in Ghybe, die nicht of-
fiziell waren, weil unsere Alliierten nicht daran teilgenommen
haben, die befriedigendsten Ergebnisse gezeigt haben. Im Grund-
satz waren wir einig. Wir sind übereingekommen, vor dem
1. Mai nach London eine Konferenz einzuberufen. Wir ten-
nen im Augenblick unsere Lage Deutschlands gegenüber. Sie
ist klar. Deutschland ist hinsichtlich der Verpflichtungen, die
ihm aus dem Vertrag von Versailles obliegen, im Verzug,
was die Sicherheitsfrage, die vitalen Fragen und was die
Frage der Bestrafung der Kriegsschuldigen anbetrifft, und
schließlich was die Reparationen, die Zahlungen anbelangt,
zu denen sich Deutschland durch Unterschrift verpflichtet hat,
nach dieser Richtung hin ist Deutschland im Verzug. Deutsch-
land hat sich an die Tscheko-Slowakei, an die Schweiz und nach
Rom gewandt. Es wurde zurückgewiesen. Schließlich hat es
die Vereinigten Staaten von Amerika in der bekannten Weise
angerufen. Deutschland verlangt Vermittlung und Schieds-
spruch, gab banale Versprechungen und sprach von übertrie-
benen Forderungen angesichts seiner Armut. Unsere Verbün-
deten haben die Demarche mit der Royalität und den Gefühlen,
die sie den Alliierten schuldig sind, zurückgewiesen. Inzwi-
schen haben Sie erfahren, daß Deutschland an die Vereinigten
Staaten Vorschläge finanzieller Art gerichtet hat. Man sagt
nun, sie gingen über die Vorschläge von London hinaus. Wir
kennen die Vorschläge nicht. Wir stellen nur fest, daß Deutsch-
land sie nicht mehr an die Alliierten sandte. Deutschland weicht
in der Tat, daß wir viel Grund haben, an seinem guten Willen
zu zweifeln. Es weiß auch, daß alle bisherigen Verhandlungen
zu nichts geführt haben und daß es dadurch nur Zeit ge-
wonnen hat, und wenn es sich an uns direkt mit dem Ver-
langen nach neuen Verhandlungen gewandt hätte, es allen
Grund hätte, anzunehmen, daß wir ihm genantwortet hätten:
Keine Worte mehr, Taten, keine Versprechungen, keine Ver-
handlungen. In demselben Augenblick, in dem unsere teuf-

nischen Kommission... ihre Arbeiten vollendet hatten, haben wir unseren Verbänden mitgeteilt, welche Maßnahmen wir uns vorgenommen haben, welche Ziel wir verfolgen und unter welchen Bedingungen diese Maßnahmen angewendet werden sollen. Am 30. April werden die Verbände zusammenkommen, dann werden sie die Arbeiten unserer Sachverständigen zu prüfen haben und die Maßnahmen, die wir für unerlässlich gehalten haben, Frankreich nimmt nicht systematisch zu derartigen Mitteln seine Zuflucht in dem Schranken, sofortige Redressations zu ergreifen. Es tut es nur gezwungen (!?) durch den schlechten Willen seines Schuldners, um ihn zu zwingen, seiner Unverschämtheit zu weichen.

Die Volksbefragung in Tirol.

* Bei der Tiroler Abstimmung erklärten sich von 146 468 abgegebenen Stimmen 144 949 für und 1794 Stimmen gegen den Anschluß an Deutschland. Dennoch stimmten 98,59 Prozent für den Anschluß Tirols an Deutschland.

Kurze polit. Nachrichten.

* Frankfurter Messe. Das Messeramt Frankfurt a. M. bittet uns darauf hinzuweisen, daß die nächste Messe (6. Frankfurter Internationale Messe) vom 25. September bis 1. Oktober 1921 stattfindet.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

Das Ertragssteuer- und das Verteilungsgesetz.

In der „Karlsruh. Ztg.“ ist wiederholt der Inhalt dieser beiden Steuergesetze dargelegt worden. Auch die Stellungnahme der Städte und industrieller Kreise wurde schon hier verzeichnet. Am Dienstag begann nun der Haushaltsausschuß mit der Beratung der Entwürfe der Regierung. Er hörte zunächst die Berichtserläuter. Hg. Dr. Schuster referierte über das Ertragssteuergesetz in recht klarer und informierender Form und wandte sich gegen die geplante Besteuerung der landwirtschaftlichen Bevölkerung in der Höhe, wie sie der Regierungsentwurf vorsieht. Hg. Freudenberg nahm sich in seinem Bericht über das Verteilungsgesetz vor allem der Gemeinden und Städte an. Sie müßten gegenüber der Regierungsvorlage insofern zurückweichen. Es sei auch fraglich, ob wir vom Reich die versprochenen 445 Millionen Mark, infolge der Änderung der Steuergesetze des Reiches erhalten.

Die Ausführungen der Berichtserläuter nahmen die ganze Sitzung in Anspruch. — Am Mittwoch früh äußerten sich die einzelnen Parteien zu den Gesetzen gleichfalls in längeren Darlegungen. Aus allem Neben klang heraus, daß die Klärung der Finanzlage zwischen dem Lande und den Gemeinden eine überaus schwierige sei, aber unbedingt durchgeführt werden müsse. — Die Beratungen werden fortgesetzt.

Die drohende Arbeitslosigkeit.

Die Handelskammer Karlsruhe hatte auf Anregung des Ortsausschusses des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes auf letzten Freitag zu einer Sitzung eingeladen, in der die Frage einer durchgreifenden Arbeitslosenfürsorge zur Besprechung kam. Neben den Vertretern der Handelskammer und der Gewerkschaften waren auch das badische Arbeitsministerium, die Generaldirektion der Reichseisenbahnen und die Stadtwahlverwaltung vertreten. Über den Verlauf der Verhandlungen wird uns von der Handelskammer folgendes berichtet: Die Vertreter der Arbeitnehmer sprachen den Wunsch aus, daß mit allen Mitteln versucht werden möge, neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, damit die Zahl der Arbeitslosen, die jetzt schon 2500 in Karlsruhe betrage, vermindert werden könne. Sie baten auch darum, von weiteren Entlassungen abzusehen, selbst wenn aus den Unternehmungen keine Gewinne mehr herausgewirtschaftet werden könnten und die Werkstätten aufgebraucht werden müßten. Welche Gefahr die Zusammenballung von Arbeitslosen bedeute, habe man bei den Unruhen in Mittel-

deutschland gesehen. Staat und Gemeinden müßten durch Erteilung von Aufträgen und Inangriffnahme neuer Projekte auch das übrige zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen.

Von der Unternehmenseite wurde darauf hingewiesen, daß neben den Sanktionen, die bereits eine Störung im Wirtschaftsleben hervorgerufen haben und bei längerer Dauer auch eine Abnahme der Arbeitsgelegenheit zur Folge haben, müßten vor allem drei Ursachen für die ungenügende Beschäftigung der badischen Industrie und die jetzige Arbeitslosigkeit in Betracht kommen, nämlich die ungeheure Wertverminderung der Frachten, das Fortbestehen der Zwangswirtschaft und die Steuerpolitik. Die badische Industrie müsse ihre Kosten und sonstigen Poststoffe zum großen Teil von weit her beziehen. Die dadurch und durch den Wiederverkauf der Fertigprodukte entstehenden Frachten, die für manche Artikel auf das Doppelte gestiegen sind, machen die badischen Unternehmungen auf vielen Gebieten konkurrenzunfähig. Die Überreste der Zwangswirtschaft in Gestalt der Preisprüfungsstellen erschweren der Industrie gleichfalls die Betätigung. Das damit verbundene Formalwesen und die außerordentlich langsame Erledigung der Anträge durch die Preisprüfungsstellen lähmen den Geschäftsgang der Industrie außerordentlich. Von geradezu katastrophalen Wirkungen aber könnte die Annahme des badischen Ertragssteuergesetzes, wie es zurzeit dem Landtag vorliegt, werden. Es müßte zur Folge haben, daß badische Betriebe nach anderen Plätzen wandern, wo sie mit geringeren Frachten und einer weniger schweren steuerlichen Belastung zu rechnen haben. Auch die ganze bisherige Reichssteuerpolitik, die eine Wegsteuerung des Kapitals mit sich brachte und dadurch dem Unternehmertum in weitestgehendem Maße die Hände gebunden habe, sei für die Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen. Da Arbeitgeber und -nehmer unter diesen mitleidigen Verhältnissen gleichmäßig leiden, empfehle es sich, daß beide und zwar auch durch ihre politischen Vertreter gegen die genannten Ursachen der Arbeitslosigkeit Front machen.

Die Vertreter der Generaldirektion konnten den Beginn weiterer Maßnahmen sowie die Vergebung von Aufträgen zur Herstellung von Lokomotiven und Eisenbahnwagen sowie von Instandsetzungsarbeiten an die Industrie in Aussicht stellen. Die staatlichen Inflationen erwägen auch bereits, ob nicht Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge z. B. für den Bahnbau Linienheim-Ausbeißer verwendet werden könnten. Man trägt sich auch mit der Ansicht, die Redaktionsbauten in weite-rem Ausmaße in Angriff zu nehmen und die Arbeiter zur weiteren Ausnützung der badischen Wasserkräfte alsbald zu beginnen.

Der Vertreter der Stadtwahlverwaltung wies darauf hin, wie wichtig es sei, daß das Reichsgesetz über die Wohnabgabe schnellstens zur Verabschiedung gelange. Ohne die Wohnabgabe sei die Stadt außer Stande, das Raumwesen weiter zu unterstützen, da ihr nur dann von den Geldgebern weitere Kredite eingeräumt werden, wenn deren Tilgung und Verzinsung durch die Wohnabgabe sichergestellt sei. Die intensive Bautätigkeit aber sei am besten in der Lage, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Stadtwahlverwaltung hat weiter die Erschließung eines großen Industriegebietes bei der Maschinenbau-Gesellschaft und die Errichtung des fünften Oefenbedens in Aussicht genommen. — Die Versammlung beschloß die Einsetzung eines kleinen Ausschusses, dem Vertreter der Behörden sowie der Arbeitgeber und Arbeitnehmer angehören werden und der die Aufgabe haben soll, praktische Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in die Wege zu leiten.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Eisenbahnverkehr.

Verkehrshemmer. Wespert ist bis auf weiteres die Annahme von Eis- und Frachtpolitik, sowie Eis- und Frachtpolitikwagenladungen nach Italien über den Brenner, ferner von Frachtpolitik und Frachtpolitikwagenladungen nach Polen über Myslowitz.

Expreszüge. Die Expreszüge L65/L64 Stuttgart-Basel und zurück, deren Wagen zwischen Stuttgart und Paris selber in den Expreszügen L 62/63 befördert wurden, verkehren vom Monat Mai an nur noch bis und von Prag, sie fallen daher auf der Strecke Prag-Oberberg-Basel künftig aus.

Jug L 65 verkehrt letztmals bei der Durchfahrt durch Deutschland am 20. April, Jug L 64 wird letztmals am 2. Mai in Basel abgefahren.

Die Schlafwagen Paris-Prag-Paris werden zwischen Paris und Stuttgart sowie umgekehrt in den Expreszügen L 63/L 62 befördert.

Buchkritik.

Fehle: Deutsche Feste und Volksbräuche. (2. Aufl. Teubner 1920). Ein recht gutes Buch für die deutsche Hausbibliothek ist das vorliegende Werkchen, das schon in 2. Auflage erschienen ist. Es schildert, annähernd Weise läßt es alle die festlichen Bewegungen unseres Volkes an unserem Auge vorüberziehen und lehrt uns zugleich, wo immer möglich, wo die Quellen der mannigfaltigen Volksfeste und Volksbräuche zu finden sind. Ein Mann der Wissenschaft hat das Buchlein geschrieben, aber keiner von denen, die in großen Städten wohnen, und die, wenn sie auf das Land gehen, vergessen, die Brille abzusetzen.

Kaiser Leherer der Schulz. Roman von W. S. Scherer L. (C. S. Beck, München). Es ist vielleicht gerade in unserer unglücklichen Gegenwart für viele ein Bedürfnis, sich in die Geschichte unseres Volkes zu vertiefen, in die „gute alte Zeit“, in die dieser ausgezeichnete Roman, der Ende des 16. Jahrhunderts im Frankenlande spielt, aufs prächtige und vollkommene hinein führt. Wenn wir freilich sagen „gute alte Zeit“, so ist das natürlich cum grano salis zu nehmen. Auch diese Zeit hat ihre Finsternisse und ihre Schrecken, wenn sie auch mit den heutigen Tagen nicht zu vergleichen ist. Denn noch war unser Volk und Land durch keinen 30jährigen Krieg vernichtet und verwüstet; noch lebte alte deutsche Frömmigkeit und Festigkeit, echter deutscher Humor und eine gewisse breite Behaglichkeit des Lebens in einem reichen und glücklichen Lande. Nicht große, allgemein bekannte geschichtliche Ereignisse schildert der Verfasser, sondern das Leben und Treiben von kleinen Leuten, meist Bauern, in einer fränkischen Dorfgemeinde umweit Würzburg; deutsche Bauern, Männer und Weiber, groß und kleine, gute und böse — lauter vorzüglich gezeichnete Charaktere nehmen unser menschliches Interesse gefangen; darüber das Wirken der Pastoren, Amtmänner, das Warten eines Landesherrn. Im engbegrenzten Raum ein kurzes Stückchen alter Zeit aus dem Dunkel der Vergangenheit leuchtend lebendig auf und prägt sich ein. Ein farbiges, lebensvolles Zeitbild, liebevoll aus treuer Verankerung in die Vergangenheit herausgearbeitet und mit reifer Kunst dargestellt, läßt uns Blide tun in deutsches Wesen und deutsche Seele. Der Jugend insbesondere wird das Buch ein wertvolles Geschenk sein, bereichernd ihre Kenntnis deutscher Art, deutschen Gemüts, deutscher Mannesstärke, deutscher Landschaft und Geschichte.

In Anbetracht der infolge allgemeinen Verkehrsrückgangs derzeitigen günstigen Wagenbesände, werden nunmehr wieder sämtliche fünfliche Dinge mit Hilfe ohne jede Einschränkung bei den Güterstationen zur Beförderung angenommen.

Aus der Landeshauptstadt.

Krankentransporte. Der Transport- und Rettungsdienst für hier und umwärts, der bisher vom Bad. Landesverein vom Roten Kreuz befohrt wurde, ist mit dem 1. April d. J. an den Karlsruher Männerhilfsverein vom Roten Kreuz übergegangen. Unfälle und Transporte Kranker können nach wie vor bei Tag und Nacht bei der bisherigen Unfallmeldestelle, Stefaniensstraße 74/76, Tel. 5684, bei Depotverwalter Weigel gemeldet werden.

Im Besitze des Millionendebraudanten Julius Koch fand man bei seiner Verhaftung noch 700 000 M. bares Geld, in seinen Reisekoffern hatte er noch wertvollen Schmuck, 150 000 Mark hatte er der Witwe Käthe Bodenthal gegeben, die davon etwa 80 000 M. verbraucht hatte.

Badische Zeitungsstimmen.

Zur Zeit der hier veröffentlichten Zeitungsstimmen übernimmt die Redaktion keine politische Verantwortung. Die Zeitungsstimmen dienen dem Zweck der Orientierung; sie sollen ein objektives Bild geben von den Meinungen und Anschauungen, die in den Blättern des Landes zum Ausdruck gelangen.

Bereinigung von Baden und Württemberg.

Zu dieser viel umstrittenen Frage schreibt dem „Volkstfreund“ ein bekanntes Mitglied der sozialdemokratischen Partei: „In den letzten Wochen wurde von verschiedenen Seiten eine lebhafteste Agitation für die Verschmelzung von Baden und Württemberg getrieben. Nebenher läuft eine Agitation auf Abtrennung von badischen Gebietsteilen zugunsten von Württemberg aus. Auffallenderweise geht diese Agitation von Württemberg aus. Es hat den Anschein, als wolle man durch die Abtrennung Baden zwingen, zur Verschmelzungsbewegung Stellung zu nehmen. Bei einigem Nachdenken wird man aber auch in Württemberg einsehen, daß dieser Weg nicht zum Ziel führt. Es wird auch schwer halten, zu beweisen, daß Billingen und Donaueschingen ein wirtschaftliches Interesse haben, von Baden los und zu Württemberg zu kommen. Und die Forderung, daß Pforzheim zu Württemberg müsse, weil 40 Prozent der Pforzheimer Arbeiter württembergisch sind, entbehrt jeder Logik; in ähnlich gelagerten Fällen wird sonst immer die entgegengesetzte Schlussfolgerung gezogen. Wichtig ist, daß Pforzheim einen großen Teil der Lebensmittel aus Württemberg bezieht, daß wird jetzt der Stadt als Gunst angesehen, während früher die Absatzgebiete gesucht wurden.

Es ist auffallend, daß in Württemberg jetzt so lebhaft für die Sache agitiert wird, während in Baden nur kleine Kreise sich für die Sache erwärmen. Schon aus dieser Tatsache ist leicht zu erkennen, daß Württemberg ein größeres wirtschaftliches Interesse an der Verschmelzung hat als Baden. Genaue Feststellungen darüber, was jeder Teil bei der Vereinigung einbringen würde, liegen nicht vor.

Nun dürfen natürlich nicht nur die wirtschaftlichen Gesichtspunkte maßgebend sein. (Dah auch viele politische Gründe für die Verschmelzung sprechen, ist unbestritten.) Die Befürworter der Vereinigung müssen aber auch einsehen, daß die Sache nicht so einfach ist. Bei einer Verschmelzung muß die Gesetzgebung und Verwaltung vereinheitlicht werden. Es sei hier nur an die Gemeindeordnung, an die Bezirks- und Kreisverwaltungsgeetze, an die Gemeinde- und Landessteuergesetze ufm. erinnert. Ob neben all diesen dringenden und dringenden Aufgaben jetzt auch noch diese Frage gelöst werden muß, ist doch fraglich.

Post und Eisenbahnen gehören dem Reich, bei den Wasserstraßen wird es auch bald der Fall sein. Also die Gebiete, welche eine Verschmelzung am dringendsten erfordert hätten, sind bereits in einer Hand. Die Pflege der wirtschaftlichen Beziehungen ist durch keine Zollgrenze gehindert. Es kann deswegen die Verschmelzungsfrage, bei deren Lösung Baden in Großschwabens aufginge, vorläufig ruhig beruhen. Die zukünftige Lösung der Frage wird aber durch eine unfreundliche Agitation, die auf Abtrennung badischer Gebietsteile abzielt, nur erschwert.

Der „Volkstfreund“ selbst bemerkt dazu: „Wir stellen, um Mißdeutungen vorzubeugen, besonders fest, daß das hier Angeführte nur die Ansicht des betreffenden Parteigenossen ist; nicht die unserer!“

„Loslöslagen am 1. Mai.“

Das sozialdemokratische „Konstanzer Volksblatt“ teilt bezüglich der Pläne der Kommunisten mit: „Der erste Mai soll überdies allgemein zum Loslöslagen benutzt werden. Was am Osterdienstag die gesamte hiesige Arbeiterschaft einmütig und geschlossen ablehnte, das soll gegen ihren Willen auf Anweisung der kommunistischen Zentrale womöglich am ersten Mai erreicht werden. Die Arbeiterschaft soll aus Anlaß der Maifeier in verbrecherische Abenteuer geführt werden, die nur namenloses Unglück und entsetzliche Folgen hinterlassen können. Weil uns die Arbeiterschaft, ihre Frauen und Kinder, wertvoll genug sind, um sie vor Ungemach zu bewahren, teilen wir diese kommunistischen Pläne mit. Die nächsten Tage werden volle Klarheit bringen.

Den hiesigen denkenden Arbeiterinnen und Arbeitern aber rufen wir zu: bleib ruhig und überlegen, laßt euch nicht irreführen! Karren! Karren! die mit eurem Leben, mit eurer Existenz, mit eurer Zukunft spielen! Bleibt, was ihr gewesen: ehrliche, rechtschaffene und selbstbewußte Frauen und Männer, die in ehelichem sozialen und politischen Ringen, ohne Wuch und Totschlag, Raub und Mord, bestrebt sind, durch geschlossenen, zielklaren Kampf ihre Lebenslage zu verbessern.“

Die „Konstanzer Zeitung“ bemerkt dazu: „Eindringlicher kann die Mahnung zur Besonnenheit und — Bereitschaft nicht ausgesprochen werden, als es durch das sozialdemokratische Blatt geschieht. Von zuständiger Seite wird uns eben mitgeteilt, daß die veröffentlichten Listen durchaus echt sind, wie auch die Umstände ihrer Anfertigung ganz To waren, wie sie mitgeteilt wurden.“

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat unterm 8. April d. J. den Amtmann Dr. Karl Schühner in Freiburg zum Bezirksamt Karlsruhe bestellt.

Das Ministerium des Innern hat den Oberrevisor Karl Hasner in Lorrach zum Bezirksamt Lorrach bestellt. Rechtsanwalt Dr. Stefan Kufner hat unter Aufgabe der Zulassung beim Amtsgericht Erlenheim seinen Wohnsitz nach Freiburg verlegt.

Die Eisenbahn-Generaldirektion hat die Obereisenbahnsekretäre Josef Bredt in Halltingen und Karl Stabelhofer in Wiesloch-Balldorf, die Eisenbahnsekretäre Philipp Wanner in Wiesloch-Balldorf, Josef Fichter in Billingen nach Karlsruhe, Hermann Gühringer in Haslach nach Hausach und Karl Kaufmann in Kork nach Rehl bestellt.

Landestheater.

Man schreibt uns aus der Theaterkrankelei:

Die Maßnahmen zur Ergänzung bzw. zur Erneuerung des vorliegenden Personals sind nunmehr abgeschlossen: Herr Claß, der neue Vertreter des Basspulsfadens, hat seinen Dienst, wie bekannt, angetreten. Am 3. Mai wird die Nachfolgerin der Frau von Büßler im Fache der jugendlichen Sängerin, Fräulein Stegert vom Stadttheater in Bamberg, antreffen. Die übrigen Läden im Personal werden wie folgt ausgefüllt: In der Oper das Fache des Heldentenor, anstelle des Herrn Schöffel, der seinen Vertrag mit dem Landestheater gekündigt hat, mit Herrn Jüllen vom Friedrichstheater in Dessau; die Stelle des lyrischen Bariton (jetzt Herr Albrecht) mit Herrn Weyrauch vom Stadttheater in Freiburg i. Br.; das lyrische Tenorfach anstelle des Herrn Neugebauer, der eine Erneuerung seines Vertrages mit dem Landestheater bestimmt abgelehnt hat, mit Herrn Mentwig vom Stadttheater in Weimig; das Fache der ersten Altistin, das seit dem Ausbleiben von Frau Pehl-Demmer verwaist ist, mit Frä. Weber vom Opernhaus in Charlottenburg; die Stelle der jugendlich-dramatischen Sängerin, Nachfolge von Frau Post-Schub, mit Frä. Paul vom Stadttheater in Gera. (Dazu kommt, wie wir aus Erkundigung hören, noch Frä. Hanna Rodde vom Stadttheater in Freiburg als erste Soubrette. Red.)

Im Schauspiel tritt anstelle von Frä. Wackerle als muntere und jugendliche Salonbabe Frä. Gerl vom Stadttheater in Bräun. Die bisher unbefetzte Stelle der jugendlichen Heroine wird Frä. Müller vom Stadttheater in St. Gallen einnehmen.

Die vorstehend aufgeführten Verpflichtungen bedeuten zum Teil ganz zweifellos eine Erhöhung der künstlerischen Leistungsfähigkeit unseres Opernensembles; zum andern Teil allerdings können sie nicht ohne gewisse Vorbehalte gutzuheißen werden, wenigstens natürlich erst abzuwarten sein wird, wie sich die einzelnen Kräfte im Laufe der Zeit bewähren bzw. entwickeln werden. Noch ungeklärt blieb die Frage der hochdramatischen. Hier scheint man sich mit dem derzeitigen Personal abfinden zu wollen, bei dem ein Teil der Rollen von Frau Graema-Brügelmann, der Vertreterin des sog. „Zwischenfaches“, der Rest von gastierenden Künstlerinnen gegeben wird — ein Verfahren, mit dem man sich angesichts der Möglichkeit starrer Heranzüchtung von Frau Lorenz-Böllig durchwegs einverstanden erklären kann.

Ernennungen, Verlegungen, Zurücksetzungen u. der planmäßigen Beamten sowie

Ernennungen, Verlegungen u. von außerplanmäßigen Beamten.
Aus dem Bereiche des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.

Zugewiesen wurde:
Kurt Bausch in Karlsruhe als Hilfslehrer der Gewerbeschule in Forstheim; Wilhelm Martin in Karlsruhe als Hilfslehrer der Gewerbeschule in Gaggenau; Marie Wittinger in Waldorf als Hilfslehrerin der Gewerbeschule in Forstheim; Max Schrein in Karlsruhe als Hilfslehrer der Gewerbeschule in Rastatt; Emil Schumacher in Karlsruhe als Hilfslehrer der Gewerbeschule in Rastatt.
Handelslehrerandidat Wilhelm Müller in Rastatt, K. Oberkirch, als Hilfslehrer der Handelsschule in Offenburg; Handelslehrerandidat Emil Weber in Freiburg, als Hilfslehrer der Handelsschule in Gaggenau; Handelslehrerandidat Wilhelm Koll in Bruchsal, als Hilfslehrer der Handelsschule in Bruchsal; Michael Hartmann in Heidelberg, als Hilfslehrer der Handelsschule in Mannheim; Handelslehrerandidat Friedrich Seckle in Teningen, K. Emmendingen, als Hilfslehrer der Handelsschule in Gaggenau; Handelslehrerandidat Eugen Bausch in Bittlingen, als Hilfslehrer der Handelsschule in Bittlingen; Diplom-Handelslehrer August Gauer in Redarhausen, Hessen, als Hilfslehrer der Handelsschule in Karlsruhe; Dipl.-Handelslehrer Johann Kopp in Freiburg an die Handelsschule in Durlach; Dipl.-Ing. Otto Ruf in Karlsruhe als Hilfslehrer der Gewerbeschule in Freiburg.

Verlegt in gleicher Eigenschaft:
Handelslehrerin Maria Theresia Müller in der Gewerbeschule in Freiburg an jene in Karlsruhe.
Hilfslehrer Karl Zimmer an der Handelsschule in Emmendingen, an jene in Karlsruhe; Hilfslehrer Wilhelm Werner an der Handelsschule Offenburg an jene in Mannheim; Hilfslehrer Philipp Müller an der Handelsschule Karlsruhe an jene in Mannheim.

Zugewiesen wurde:
Kunsthilfslehrer Kurt Brenner an der Handelsschule in Durlach, als Hilfslehrer an jene in Mannheim.

— Verwaltungshof. —
Wannnähig angeheft:

Pflege Emil Helmmann, die Pflegerinnen Sofie Huber, Elise Huber, Karoline Schenk, Karoline Lang, Barbara Debel, Katharina Dierhauer bei der Heil- und Pflegeanstalt Mennau, Pflegerin Luise Vogt bei jener in Emmendingen, Pfleger Wilhelm Zimmermann, Josef Koll, Oswald Koll, Emil Koll, die Pflegerinnen Bina Trost, Rosa Albert, Juliana Debel, Margarete Gensemer, Marie Hägele, Flora Zimmermann, Magdalena Schuchbach, Christine Krause bei jener in Wiesloch, die Pfleger Emil Dinger, Gustav Krampe bei jener bei Konstanz.
Berichte:
Anfallsregistrator Ferdinand Mohr in Forstheim in gleicher Eigenschaft zur Heil- und Pflegeanstalt Mennau;
die Pflegerinnen der Heil- und Pflegeanstalt Forstheim: Josefina Koll, Rosine Martin zu jener in Emmendingen; Anna Klein und El-

isabeth Wöhr zu jener in Wiesloch; Emilie Leibbrand zu jener bei Konstanz.

Zugewiesen auf Ansuchen:
Oberpfleger Franz Ganninger, Oberpflegerin Pauline Gieß, Oberpflegerin Ida Wronn, Torwartpfleger Ludwig Kampert und die Pfleger Gottlieb Wör, Ernst Deibel, Karl Baumann, Karl Rogler, Wilhelm Wegel, alle bei der Heil- und Pflegeanstalt Forstheim.

Aus dem Bereich des Ministeriums der Finanzen.
Abteilung für Forsten.

Die Beamtenentscheidungen vertheilt:
dem Güterausföher Hermann Koller in Wd. den Forstschreibern Emil Schmid in Sulzburg, Bng. Barmann in Lobnau, Theob. Köhler in Oberweiler, Gust. Plattbecker in Karlsruhe, Karl Kleinhardt in Baden, Josef Merkel in Forstach und Karl Koll in Kobltsch, dem Forstwartent Franz. Schöde in Schönenbach, Joh. Seber in Gumbach, Friedr. Plattbecker in Mantschach.

Wannnähig angeheft:
die Güterausföher Hiltberting in Hohenheim und Wöhl in Stutenfes, der Gartenausföher Kappke in Schwegenen, die Forstschreiber J. Bernauer in Lobnau, J. Wöppert in Gaggenau und J. Merkel in Forstach.

In den Ruhestand versetzt auf Ansuchen:
Kassierer (Hausmeister) Math. Wöhl in Bruchsal.
Gehorden:
Forstwart R. Kurr in Oberheim und Güterausföher Gerhart in Scheibenshardt.

Amtliche Bekanntmachung.
Feststellung der Bau- und Straßenfluchten an der Englerstraße und Zirkel betr.
Der Stadtrat Karlsruhe hat die Feststellung der Bau- und Straßenfluchten für das Baugelände an der Englerstraße und Zirkel beantragt. Das Nähere ergibt sich aus dem Plan, der nebst Angrenzungsverzeichnis 14 Tage lang auf der Kanzlei des städt. Tiefbauamts zur Einsicht aufliegt.
Karlsruhe, den 25. April 1911. B.947
Bezirksamt III. O.8. 69

Badisches Landestheater.
Donnerstag, den 28. April, 6 bis geg. 10 Uhr. Mk. 12.—
Sebastian.

Kaufe und verkaufe
fortwährend getragene Herren- u. Damenbekleidungsstücke, Uniformen, Wäsche, Schuhe, Uhren, Reisezeuge, Ferngläser, Musikinstrumente, Gold, Silber, Brillanten, Möbel aller Art, Nähmasch., Kinderwagen usw. Geil. Angeb. erb. R.3
Weintraubs 52 Kronenstr. 52.

Sie kaufen Fahrräder, Teile, Gummi u. Nähmaschinen staunend billig.
Händler extra Rabatt.
Fahrradindustrie Karlsruhe
Christian Kunzmann R.72
Karlsruhe i. B. Zähringerstraße 37

Sporttaschen und Koffer
Reisekoffer
Spezial-Kofferhaus — Geschwister Lämmle
51 Kronenstr. 51. R.165
Aufforderung.
Wir fordern die Inhaber unserer Obligationen unter Bezugnahme auf die in den Gesellschaftsblättern unterm 14. Mai 1920 erfolgte Veröffentlichung hiermit nochmals auf, ihre Obligationen zur Einzahlung bis spätestens 15. Mai 1921 bei dem Kaufhaus Mitteldeutsche Kreditbank Filiale Karlsruhe oder bei der Rheinischen Creditbank Filiale Karlsruhe zu präsentieren, da nach diesem Zeitpunkt eine Zinsbegünstigung nicht mehr erfolgt (§ 3 und 4 der Anleihebedingungen).
Karlsruhe-Wülzburg, den 26. April 1921.
Die Liquidatoren
der Mühlburger Brauerei vormals Freiherlich von Geldeneckhe Brauerei in Liquidation.
Emil Günthel. Otto Düll.

Verlangen Sie überall

RIEMPP
fst. geröst. Kaffee
verschied. Preislagen
offen u. abgepackt
Mischung
mit 10-25-50%
Bohnenkaffee
1/2 Pfd. Pakete
Kaffee-Zusatz
beste Rohstoffe
1/2 Pfd. Pakete.
CHRISTIAN RIEMPP
Kaffeeprodukt-Großhandlung
KOLN-AM-ROHN
ESSEN-SENNEFABRIK
GEWÜRZMÜHLEN
*
Sie erhalten Qualität!

Schiedmayer-Flügel
wie neu
preiswert zu verkaufen R.166
J. Kunz, Pianohaus
Karlsruhe Fernspr. 2713.

Zur Bekämpfung der Tuberkulose.
Kurzer Katechismus der Gesundheitslehre
Bereitet von
Dr. Fischer, Singheim.
Zweite Auflage.
Herausgegeben vom
Bad. Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose
(chem. Landes-Tuberkulose-Ausschuss Bad. Frauenverein Abteilung V.)
Preis 80 Pfg.
Bei größeren Bestellungen von Schulen und Vereinen ermäßigter Preis: 50 Stück je 75 Pfg., 100 Stück je 70 Pfg., 250 je 65 Pfg., 500 je 60 Pfg., 1000 je 50 Pfg.
Das Bad. Ministerium des Kultus und Unterrichts erläßt unterm 27. Januar 1921 im Amtsblatt an die Leiter und Lehrer sämtlicher unterstellten Schulen folgende Bekanntmachung:
„Im Hinblick darauf, daß die Tuberkulose in weiten Kreisen unseres Volkes immer mehr um sich greift, weisen wir erneut auf die Notwendigkeit einer aufklärenden Unterweisung unserer Schulkinder im Rahmen des Lehrplanmäßigen Unterrichts über die Bekämpfung der genannten Krankheit und im Zusammenhang damit über eine zweckmäßige Lebensweise hin. Als ein wertvolles Hilfsmittel im Dienst dieser aufklärenden Gesundheitslehre hat sich der vom Tuberkulose-Ausschuss des Badischen Frauenvereins Abteilung V. herausgegebene, von Dr. Fischer-Singheim verfaßte „Kurze Katechismus der Gesundheitslehre“ erwiesen.“
Das Werkchen will in klarer, übersichtlicher und leicht verständlicher Form von Frage und Antwort zuerst beim Unterricht in der Volksschule als Grundlage dienen, aber es will auch weitere Volksschichten mit der Lehre der Gesundheitspflege bekannt machen, besonders die Eltern, die häufig die Schulbücher der Kinder als Lektüre benutzen.
Nur zu beziehen von:
G. Braun'sche Hofbuchdruckerei und Verlag in Karlsruhe
Karlsruherstraße 14

Zentral-Güterrechts-Register für Baden.
Bonnndorf. B.938
Güterrechtsregister eintrag
Band I Seite 209: Eßlinger, Otto, Schloffer, und Ehefrau Elisabeth geb. Nitzling in Stühlingen. Vertrag vom 17. März 1921; Gütertrennung.
Bonnndorf, 8. April 1921. Amtsgericht.
Durlach. Güterrechtsregister eintrag Bd. II S. 473: Storzer, Paul, Bäcker in Durlach, und Luise geb. Sutt. Durch Vertrag vom 8. April 1921 ist Gütertrennung vereinbart. Amtsgericht. B.883.
Durlach. Güterrechtsregister eintrag Bd. II S. 472: Karl Grathwol, Schreinermeister in Durlach, und Maria geb. Waderspach. Durch Vertrag vom 5. April 1921 ist Ertrungenschaftsgemeinschaft vereinbart. Vorbehaltsgut der Frau ist das in § 6 bezeichnete Vermögen. Amtsgericht. B.939.
Ettlingen. B.912.
Güterrechtsregister eintrag: Durr, Eugen, Tagelöhner in Walsch, und Maria geb. Waf. Vertrag vom 13. April 1921; Gütertrennung.
Ettlingen, 21. April 1921. Des Gerichtsschreibers des Amtsgerichts.
Heidelberg. B.924
Güterrechtsregister einträge. Band VI S. 440: Brandel, Heinrich, Elektronenteur in Heidelberg, und Elisabeth geb. Sprang. Vertrag am 4. April 1921. Ertrungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut.
Band VI S. 441: Hechen, Heinrich, Kaufmann in Heidelberg, und Emma geb. Trost. Vertrag vom 3. Juni 1919. Gütertrennung. Heidelberg, 18. April 1921. Amtsgericht. V.
Rastatt. B.884.
In das Güterrechtsregister wurde eingetragen: 1. Band I Seite 350: Wani, Georg, Kaufmann in Wodersweier, und Sophie geborene Hahn. Vertrag vom 19. Februar 1921. Gütertrennung. 2. Band I Seite 351: Zimmer, Alois, Kaufmann in Rastatt, und Marie geborene Heinde. Vertrag vom 5. April 1921. Ertrungenschaftsgemeinschaft. Vorbehaltsgut der Frau ist: a. Das im Verträge näher bezeichnete Vermögen laut vorliegendem Verzeichnis. b. Alles, was die Frau während der Ehe gemäß § 1521 B.G.B. erwirbt. Rastatt, 22. April 1921. Amtsgericht Rastatt.
Rastatt. B.885
In das Güterrechtsregister wurde zu Band II Seite 117 eingetragen: Klausinger, Oskar, in Rastatt, und Anna geborene Borstova. Nach Vertrag vom 2. April 1921 besteht Gütertrennung. Rastatt, 22. April 1921. Amtsgericht Rastatt.
Rastatt. B.886
In das Güterrechtsregister wurde zu Band II Seite 118 eingetragen: Oberdörffer, Peter, Wilhelm, Dipl.-Landwirt in Gailingen, und Frieda Margaretha geborene Dahn. Nach Vertrag vom 7. April 1921 besteht Gütertrennung. Rastatt, 22. April 1921. Der Gerichtsschreiber des bad. Amtsgerichts 1.
Schwegenen. B.941
Güterrechtsregister eintrag Band II Seite 379: Schilling, Philipp, Sägewerksbesitzer in Schwegenen, und Frieda geb. Winterhalter. Vertrag vom 6. April 1921. Ertrungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut. Schwegenen, den 22. April 1921. Amtsgericht 2.
Überlingen. B.869
Güterrechtsregister eintrag Bd. II Seite 184: Gratz, Karl, Maier in Überlingen, und Sabine geborene Kupfer. Vertrag vom 6. April 1921. Gütertrennung. Überlingen, den 14. April 1921. Amtsgericht.
Willingen. B.970
In das Güterrechtsregister Band II Seite 254 wurde heute folgendes ein-

getragen: Erich Wittner, Kaufmann hier, und dessen Ehefrau Mathilde geborene Schäfer alda. Vertrag vom 12. April 1921, Ertrungenschaftsgemeinschaft. Vorbehaltsgut der Frau ist das in den Registerakten beschriebene Vermögen derselben, sowie alles, was sie von Todeswegen oder mit Rücksicht auf ein künftiges Erbrecht, durch Schenkung oder als Aussteuer erwirbt. Willingen, 15. April 1921. Amtsgericht 1.
Weinheim. B.942
Güterrechtsregister eintrag Band I Seite 441: Günther, Ludwig Adam, Gärtner in Weinheim, und Marie geb. Gärtner. Vertrag vom 13. April 1921. Ertrungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. Weinheim, 25. April 1921. Amtsgericht 1.
Rastatt. B.886
In das Güterrechtsregister Band II S. 255 wurde heute eingetragen: Straß, Wilhelm, Kaufmann in Rastatt, und dessen Ehefrau Magdalena geb. Schauf. Vertrag vom 22. April 1921. Gütertrennung gem. §§ 1426 ff. B.G.B. unter Ausschließung der Verwaltung u. Nutzung des Vermögens an dem Vermögen der Ehefrau. Rastatt, 25. April 1921. Amtsgericht.
Bereins-Register.
Bretsch. B.927
In das hiesige Vereinsregister wurde unter Band II S. 7 der Stadtmu-sterverein Bretsch eingetragen. Derselbe hat seinen Sitz in Bretsch. Bretsch, 20. März 1921. Bad. Amtsgericht.
Forstheim. B.914
Vereinsregister-Eintrag: Vereinsregister-Forstheimer Apotheker in Forstheim. Amtsgericht Forstheim.
Forstheim. B.943
Vereinsregister-Eintrag: Fußballklub „Phönix“ in Forstheim. Amtsgericht Forstheim.

Bürgerliche Rechtspflege.
i. Freiwillige Gerichtsbarkeit.
Nachlassverwaltung.
B.930. Tengen. Ueber den Nachlass des am 6. März 1921 verstorbenen Steinhauser Karl Ruppinger in Oberlauchringen wurde auf Antrag eines Nachlassgläubigers die Nachlassverwaltung angeordnet. Als Nachlassverwalter ist Rechtsanwalt Alois Rauer in Oberlauchringen bestellt.
Tengen, 22. April 1921.
Notariat als Nachlassgericht.
Bericht. Bekanntmachungen
Die Herstellung der Eisenbetonfahrstufen auf der Marbacher Straßenüberführung im Bahnhof Willingen soll nach Maßgabe der Verfügung des Bad. Finanzministeriums vom 3. Januar 1907 begeben werden. Bel. 165 ccm Eisenbeton mit rund 14,6 t Eisenbeton und 89 ccm Zementbeton nebst Glatteisen, bel. 1300 qm pp. Pläne, Bedingungen u. Angebotsformulare liegen bei uns auf; kein Versandt nach auswärt. Angebote sind verschlossen, portofrei und mit entsprechender Aufschrift versehen. Bis Samstag, den 14. Mai 1921, vormittags 9 Uhr, bei und einzureichen; Zuschlagsfrist 14 Tage. B.957
Willingen, 25. April 1921.
Baugewerkschaft.